



MORNING NEWS

1. Juni 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	25.104,70	12,45	0,05	25.092,25	DJ 30	51.032,46	363,49	0,72	50.668,97
MDAX	33.352,83	112,94	0,34	33.239,89	NASDAQ	30.333,18	109,29	0,36	30.223,89
TEC DAX	4.159,01	71,46	1,75	4.087,55	Nikkei 225	66.864,08	534,58	0,81	66.329,50
Euro Stoxx50	6.050,54	-4,57	-0,08	6.055,11	Hang Seng	25.402,80	220,41	0,88	25.182,39
Bund Future	126,13	-0,36	-0,28	126,49	Euro / US-\$	1,1646	-0,00	-0,11	1,1659
Gold in US-\$	4.514,76	-25,50	-0,56	4.540,26	Öl (Brent) US-\$	92,87	1,75	1,92	91,12
Bitcoin / US-\$	73.425,67	-210,82	-0,29	73.636,48	Ethereum / US-\$	1.997,88	-6,66	-0,33	2.004,54

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	25.124	+20
NASDAQ Future	30.577,75	+172,50

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	156,09	0,83	0,01	155,26	181,79	5.022.624,00
Nokia OJ	12,74	0,23	0,02	12,51	14,84	113.012.660,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	Einzelhandelsumsatz (m/m)	April	08:00	-0,5% (-0,8%)
D	Einzelhandelsumsatz (y/y), nsb	April	08:00	-1,6% (2,1%)
D	PMI Verarbeitendes Gewerbe, final	Mai	09:55	49,9 (49,9)
EWU	PMI Verarbeitendes Gewerbe, final	Mai	10:00	51,4 (51,4)
EWU	Geldmenge M3 (y/y)	April	10:00	3,1% (3,2%)
EWU	Arbeitslosenquote	April	11:00	6,2% (6,2%)
USA	PMI Verarbeitendes Gewerbe, final	Mai	15:45	55,3 (55,3)
USA	ISM Index Verarbeitendes Gewerbe	Mai	16:00	53,0 (52,7)
USA	Bauinvestitionen (m/m)	April	16:00	0,3% (0,6%)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,24 (1,32)	10-jährige Bonds	+0,125	4,43%
Volumen NASDAQ	11,81 (9,20)	30-jährige Bonds	+0,172	4,97%

(/)=Vortag

Angetrieben von **starken Quartalszahlen** des Computerbauers **Dell** und der **anhaltenden Euphorie um Künstliche Intelligenz (KI)** hat die Wall Street am Freitag auf Rekordhochs geschlossen. Zugleich warteten Anleger gespannt auf Details zu einem möglichen Abkommen zwischen den USA und dem Iran.



Der Standardwerteindex Dow Jones gewann 0,7 Prozent auf 51.032 Punkte. Der technologielaastige Nasdaq rückte 0,2 Prozent auf 26.973 Zähler vor und der breit gefasste S&P 500 legte ebenfalls 0,2 Prozent auf 7580 Stellen zu. Für den S&P 500 war es der neunte Wochengewinn in Folge, die längste Serie seit Dezember 2023.

US-Präsident Donald Trump hatte erklärt, er werde am Freitag eine endgültige Entscheidung über das **Iran-Abkommen** treffen. Die Regierung in Teheran hatte zuvor mitgeteilt, sie erwarte bei einer Einigung Taten statt Worte.

Trotz der Sorgen über die Auswirkungen des Krieges im Iran auf die Inflation und die Weltwirtschaft griffen Anleger bei Technologieaktien weiter zu. "Es gibt definitiv eine euphorische Stimmung im Markt rund um das Thema KI", sagte Ohsung Kwon, Chef-Aktienstrategie bei Wells Fargo. Die Kursrally sei maßgeblich von den Unternehmensgewinnen angetrieben worden. Melissa Brown, Leiterin der Investmentforschung bei SimCorp, verwies zudem auf das in den vergangenen Wochen gestiegene Handelsvolumen, was auf einen Zustrom neuer Anleger hindeute.

Aktien von **Dell** stiegen um mehr als 30 Prozent, nachdem der Konzern seine Gewinn- und Umsatzprognosen für das Gesamtjahr angehoben hatte. Im Sog dessen legten auch Papiere von **Hewlett Packard Enterprise, Super Micro Computer** und **Microsoft** zu. Dagegen gaben die Aktien der Google-Mutter **Alphabet** nach.

Auch Anbieter von Konsumgütern wie **Costco** und **Walmart** verzeichneten Kursverluste. Die Papiere von **Gap** brachen ein, nachdem der Bekleidungshändler seine Umsatzprognose gesenkt hatte. **American Eagle Outfitters** gaben ebenfalls nach, da das Unternehmen seine Prognose für den flächenbereinigten Jahresumsatz lediglich beibehielt.

Unter Druck gerieten zudem Autobauer. Einem Medienbericht zufolge will die US-Regierung, dass in Nordamerika gebaute Fahrzeuge zu 82 Prozent aus regionaler Produktion stammen müssen, um im Rahmen des US-Mexiko-Kanada-Abkommens (USMCA) bevorzugt behandelt zu werden. Aktien von **General Motors** und die in den USA gelisteten Papiere von **Stellantis** gaben nach.

Am Donnerstag veröffentlichte US-Wirtschaftsdaten hatten gezeigt, dass die **Inflation im April** so stark gestiegen war wie seit drei Jahren nicht mehr. Zugleich wurde das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts für das erste Quartal auf eine Jahresrate von 1,6 Prozent nach unten revidiert. Der Präsident der US-Notenbank Fed in Kansas City, Jeffrey Schmid, warnte, dass der Energieschock möglicherweise nicht vorübergehend sei. Fed-Direktorin Michelle Bowman erklärte, ein anhaltender Anstieg der Inflation könnte eine straffere Geldpolitik erfordern. An den Geldmärkten wird erwartet, dass die Fed die Zinsen für den Rest des Jahres stabil hält und im Dezember um 25 Basispunkte anhebt.

US Unternehmen

Die **US-Regierung** geht überraschend gegen den **Export hochmoderner Chips** für **Künstliche Intelligenz (KI)** an **Auslandstöchter chinesischer Konzerne** vor. Das Handelsministerium in Washington veröffentlichte am Sonntag neue Richtlinien, um ein seit einem Jahr bestehendes Schlupfloch zu schließen. Dieses hatte es Unternehmen offenbar ermöglicht, die weltweit fortschrittlichsten Prozessoren - wie die Rubin- und Blackwell-Chips von Nvidia sowie MI350x-Chips von AMD - an chinesische Firmen mit Sitz außerhalb der Volksrepublik zu liefern.

Berkshire Hathaway baut sein Immobiliengeschäft mit einer milliardenschweren Übernahme aus. Der US-Konzern übernimmt das Wohnbauunternehmen **Taylor Morrison** in einer reinen Bartransaktion im Volumen von rund 8,5 Milliarden Dollar. Die Aktionäre sollen 72,50 Dollar je Anteilsschein erhalten, teilten die beiden Unternehmen am Sonntag mit. Dies entspricht einem Aufschlag von rund 24 Prozent auf den Schlusskurs vom Freitag. Die Transaktion bewertet das Eigenkapital von Taylor Morrison mit etwa 6,8 Milliarden Dollar. Der Abschluss wird für die zweite Jahreshälfte 2026 erwartet (Reuters).

Marktmeldungen

In **Singapur** bleiben die Börsen heute aufgrund eines **Feiertags** geschlossen.



Die **Bundesregierung** hat ihre Ziele beim 500 Milliarden Euro schweren **Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität** (SVIK) einem Zeitungsbericht zufolge bislang nicht erreicht. Zwar spreche das Ministerium von einem "insgesamt erfolgreichen Start", doch die Kennzahlen seien deutlich verhaltener, berichtete das "*Handelsblatt*" am Sonntag. Ein 383 Seiten umfassender Monitoringbericht des Finanzministeriums liege der Zeitung vor. Demnach seien für das vergangene Jahr Ausgaben von 37,2 Milliarden Euro vorgesehen gewesen. Tatsächlich seien lediglich 24 Milliarden Euro ausgezahlt worden, schrieb die Zeitung. In einem *Reuters* vorliegenden Papier aus dem Ministerium heißt es, das Monitoring zeige Minderausgaben im Jahr 2025 von 13,3 Milliarden Euro im Vergleich zur Planung. Dem "*Handelsblatt*"-Bericht zufolge haben die Ministerien von 109 für das Jahr 2026 geplanten Meilensteinen bis Ende Mai erst 26 erreicht. In dem *Reuters* vorliegenden Papier heißt es, für 2026 erwarte das Finanzministerium deutliche Fortschritte bei den Meilensteinen, die für die Investitionen der Ressorts festgelegt worden seien.

Der **neugewählte FDP-Vorsitzende** Wolfgang Kubicki sieht sich nach dem Parteitag der Liberalen gestärkt. "Ich bin gewählter Bundesvorsitzender der Freien Demokratischen Partei, der gesamten Freien Demokratischen Partei, auch der von Marie-Agnes Strack-Zimmermann", sagte Kubicki in der *ARD-Sendung* "Bericht aus Berlin" mit Blick auf seine bei der Wahl unterlegene Mitbewerberin. Rund 60 Prozent der Delegierten hätten sich entschieden, ihn zu wählen und damit die Richtung der Partei vorgegeben. "Die Sache ist entschieden. Wer auch immer eine Entscheidung der FDP haben wollte, hat sie bekommen", sagte Kubicki.

Die **Deutsche Rentenversicherung Bund** (DRV) rechnet einem Zeitungsbericht zufolge mit einem stärkeren **Beitragsanstieg** im Jahr 2028 als bisher angenommen. Der Beitragssatz für Arbeitnehmer und Arbeitgeber müsse 2028 von derzeit 18,6 Prozent auf 19,9 Prozent steigen, berichtet die "*Bild*"-Zeitung unter Berufung auf interne DRV-Zahlen. Bisher sahen die Prognosen dem Bericht zufolge ein Plus auf 19,8 Prozent vor. Für das Jahr 2029 werde ein Anstieg auf 20 Prozent vorausgesagt, schrieb die Zeitung weiter. In den darauffolgenden Jahren solle der Beitragssatz auf 20,2 Prozent (2031), 20,5 Prozent (2032), 20,7 Prozent (2033) und 20,9 Prozent (2034) steigen. Von 2036 bis 2040 reche die DRV mit einem Beitragssatz von 21,1 Prozent. Nach bisherigen Planungen sei die DRV von einem Anstieg auf 21,2 Prozent im Jahr 2039 ausgegangen.

Nach Medienberichten über **Gedankenspiele in der Union zu einem Kanzlertausch** zeigen sich **Spitzenpolitiker von CDU und CSU solidarisch mit Regierungschef** Friedrich Merz. Unionfraktionschef Jens Spahn und der hessische Ministerpräsident Boris Rhein (beide CDU) stärkten Merz auf einem Landesparteitag der Hessen-CDU den Rücken. Auch NRW-Regierungschef Hendrik Wüst und CSU-Vize Manfred Weber stellten sich vor den Kanzler (dpa/AFX).

Der **Teilrückzug des US-Militärs** aus der gemeinsamen Verteidigung der europäischen **Nato-Staaten** soll einem Zeitungsbericht zufolge bald konkretisiert werden. Bei der nächsten sogenannten Force-Sourcing-Konferenz der Nato im Juni wolle das US-Verteidigungsministerium die Verbündeten darüber informieren, welche militärischen Fähigkeiten die USA künftig nicht mehr oder nur noch eingeschränkt für die Verteidigung Europas bereitstellen wollen, berichtete die "*Welt am Sonntag*" am Samstag unter Berufung auf einen Insider.

Nach einer **EU-Debatte** zum **europäisch-chinesischen Verhältnis** warnt **China** vor **Folgen durch weitere Handelsbeschränkungen**. Die Volksrepublik hoffe, dass die EU an freiem Handel und fairem Wettbewerb festhalte und Protektionismus sowie Unilateralismus ablehne, teilte das Handelsministerium in Peking mit. Sollte die EU neue einseitige Handelsinstrumente oder diskriminierende Beschränkungen einführen, werde Peking "entschieden zurückschlagen" und "wirksame Maßnahmen" zum Schutz seiner Interessen ergreifen, drohte die Behörde (dpa/AFX).

Irans Präsident Massud Peseschkian hat sich für eine **grundlegende Änderung des Führungsstils im Land** ausgesprochen. Zugleich wies sein Büro Rücktrittsgerüchte zurück. Peseschkian sagte laut der den Revolutionsgarden nahestehenden Agentur Fars, die Führung könne nicht allein aus einer begrenzten Gruppe von Führungskräften und Beamten bestehen. Er verlangte stattdessen die Einbindung aller gesellschaftlichen Schichten, wirtschaftlicher Akteure und Wissenschaftler sowie der Bevölkerung. Peseschkian gilt als Reformier. Seine Forderung steht im Kontrast zur Machtstruktur (dpa/AFX).



Der **Iran** will ein **Rahmenabkommen** mit den **USA** erst unterzeichnen, wenn **konkrete Gegenleistungen** gesichert sind. **Parlamentspräsident** Mohammad Bagher Ghalibaf, der als iranischer Chefunterhändler fungiert, erklärte laut der staatlichen Nachrichtenagentur Irna während einer virtuellen Parlamentssitzung, Teheran werde kein Abkommen akzeptieren, solange keine Gewissheit bestehe, dass die Rechte des iranischen Volkes gewahrt seien. "Wir vertrauen weder auf Garantien noch auf Worte - nur Taten zählen. Es werden keine Maßnahmen ergriffen, bevor die andere Seite nicht handelt", hatte Ghalibaf bereits am Freitag auf X erklärt. Priorität hat für den Iran Freigabe eingefrorener Auslandskonten (dpa/AFX).

Der **Iran** und die **USA** setzen ihre **Gespräche** und ihren **Nachrichtenaustausch** nach Angaben des iranischen Außenministers Abbas Aragtschi fort. Man könne die Verhandlungen nicht beurteilen, bis ein klares Ergebnis vorliege, sagt er staatlichen Medien. Spekulationen dürfe keine Bedeutung beigemessen werden (Reuters).

Die **Bodentruppen der iranischen Revolutionsgarden** greifen iranischen Staatsmedien zufolge **Stützpunkte von Separatistengruppen im Nordirak** an. Welche Orte genau von den Angriffen betroffen sind, ist zunächst unklar (Reuters).

US-Präsident Donald Trump hat nach einem rund zweistündigen Treffen im Weißen Haus noch keine Entscheidung über eine Verlängerung der **Waffenruhe** mit dem **Iran** getroffen. Das teilt ein Vertreter des Weißen Hauses mit. Trump werde nur einem Abkommen zustimmen, das gut für Amerika sei. Der Iran dürfe niemals eine **Atomwaffe** besitzen. Einem hochrangigen iranischen Insider zufolge steht eine Einigung über eine Verlängerung der Waffenruhe um 60 Tage kurz bevor, sei aber noch nicht gebilligt (Reuters).

Die **USA** sind nach den Worten von **Verteidigungsminister** Pete Hegseth bereit, die **Angriffe auf den Iran** wieder aufzunehmen, sollte keine Einigung im **Atomstreit** erzielt werden. "Wir sind mehr als fähig, wenn nötig, wieder anzugreifen", sagt Hegseth in Singapur. Die USA hätten genug Waffen in den Lagern, sowohl vor Ort als auch weltweit. "Wir sind also in einer sehr guten Position." (Reuters).

Die **Ukraine** hat nach Angaben ihres Präsidenten Wolodymyr Selenskyj eine **neue Startrampe des Flugabwehrsystems Iris-T aus Deutschland** erhalten. "Wir danken Deutschland für seinen ständigen Beitrag zum Schutz unserer Leute", schrieb er auf Telegram. Es seien inzwischen Tausende Leben durch diese "starke Hilfe" gerettet worden. In dem Beitrag beklagte er die andauernden russischen Angriffe aus der Luft. Allein in dieser Woche hat Russland demnach rund 2.300 Drohnen, 1.560 gelenkte Gleitbomben und 108 Raketen gegen die Ukraine eingesetzt. Wegen der Angriffe sei ein ständiger Nachschub an Flugabwehrraketen nötig, betonte er. Aus Berlin kam bislang noch keine offizielle Bestätigung der Lieferung. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums sagte, "dass wir grundsätzlich und unabhängig von Waffensystemen nicht zu Planungen und Lieferungen militärischer Unterstützungsleistungen für die Ukraine spekulieren oder kommunizieren". Diese grundsätzliche Zurückhaltung diene der militärischen und operationellen Sicherheit (dpa/AFX).

Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj hat sich in einem US-Fernsehinterview für **Friedensgespräche mit Russland vor dem Winter** ausgesprochen. In dem am Sonntag ausgestrahlten Gespräch mit dem Sender **CBS** warb Selenskyj um die Unterstützung des US-Publikums und verwies auf eine verbesserte strategische Lage der Ukraine. "Es begann im Dezember 2025, Russland begann die Initiative auf dem Schlachtfeld zu verlieren", sagte Selenskyj in der Sendung "Face the Nation". "Wir haben also jetzt diese Zeitspanne vor dem Winter ... vor dem Winter müssen wir einen Weg finden, einen diplomatischen Weg, uns zusammensetzen und zu sprechen." Verhandelt werden könne auch mithilfe Europas oder bilateral mit Russland. Dies hänge auch vom Druck auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin ab, sagte Selenskyj. Der Druck in der russischen Gesellschaft wachse, und der Druck durch Sanktionen müsse verstärkt werden. Selenskyj strebt nach eigenen Worten ein Abkommen mit den **USA** über **gemeinsame Drohnentechnologie** an. Die Ukraine könne fünf Jahre Erfahrung mit der Abwehr russischer Drohnen und Raketen einbringen. "Wir haben bereits Drohnen-Abkommen mit einigen Ländern im Nahen Osten und wir haben bereits Drohnen-Abkommen mit einigen europäischen Ländern", sagte er in dem TV-Interview. "Jetzt bereiten wir das große Drohnen-Abkommen mit der



Europäischen Union vor, und ich hoffe, dass wir solche Entscheidungen mit amerikanischen Partnern haben werden. Ich zähle darauf." (Reuters).

Die **Ukraine** hat in der Nacht erneut **Ölanlagen in Russland** mit **Drohnen** angegriffen. Unter Beschuss geraten seien ein Öllager nahe der Stadt Taganrog am Asowschen Meer und eine Raffinerie in Saratow an der Wolga, berichtete die Internetzeitung "Ukrajinska Prawda". Russische Behörden haben die Treffer teilweise bestätigt. Vor allem in Saratow hat die Attacke wohl schwere Folgen, den im Netz kursierenden Bildern nach zu urteilen. "Vorläufigen Informationen nach gibt es Schäden an Objekten der zivilen Infrastruktur", schrieb auch der Gouverneur von Saratow, Roman Bussargin, auf Telegram. Details nannte er nicht (dpa/AFX).

Die **Ukraine** hat ihre **Angriffe auf russische Energieanlagen** fortgesetzt und dabei nach eigenen Angaben auch eine **Pumpstation für eine Ölpipeline von Sibirien nach Belarus** getroffen. Es handele sich um die Pumpstation Lasarewo in der Region Kirow, teilte der ukrainische Generalstab am Sonntag auf Telegram mit. Auf der von Russland kontrollierten Halbinsel Krim kündigte der von Moskau eingesetzte Gouverneur Sergej Aksjonow unterdessen Einschränkungen für den Benzinverkauf an. Einen Grund nannte er nicht (Reuters).

Nach einem **mutmaßlichen Drohneneinschlag** im russisch besetzten **Kernkraftwerk Saporischschja** in der Ukraine haben internationale Beobachter vor Ort keine erhöhte Strahlung gemessen. Das teilte die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien mit, die ein Team in dem Atomkraftwerk stationiert hat. **IAEA-Chef** Rafael Grossi sprach von einem schwerwiegenden Vorfall, der Grundprinzipien der nuklearen Sicherheit gefährde. Er forderte die Einstellung solcher Attacken, um einen Atomunfall zu verhindern (dpa/AFX).

Kurz vor einer Parlamentswahl in **Armenien** hat **Kremlchef** Wladimir Putin die Südkaukasusrepublik vor **schweren wirtschaftlichen Folgen im Falle einer EU-Annäherung** gewarnt. Das Land werde mindestens 14 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts verlieren, wenn die Gaspreise nach einem Austritt des Landes aus der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) angehoben würden, sagte er am Rande eines EAWU-Gipfels in Kasachstan. "Solche Vergünstigungen wie heute wird es natürlich nicht mehr geben." Armenien ist bei Gaslieferungen stark von Russland abhängig (dpa/AFX).

Die **Drohne**, die in der **rumänischen Stadt Galati** nahe der ukrainischen Grenze ein Wohnhaus getroffen und zwei Menschen verletzt hat, ist **"ohne Zweifel" russischen Ursprungs**. Das bekräftigte **Rumäniens Staatspräsident** Nicusor Dan in sozialen Medien. Davor hatte Russlands Präsident Wladimir Putin Zweifel an der Herkunft der Drohne geäußert und verlangt, dass Rumänien die Teile des Objekts nach Russland zur Prüfung schicke. Rumänische Experten hätten das Objekt untersucht und mit mehreren russischen Drohnen verglichen, die während der vergangenen zwei Jahre auf rumänischem Territorium eingeschlagen hätten, schrieb Dan bei Facebook. Es handle sich in allen Fällen um Drohnen vom Typ "Geran 2" (dpa/AFX).

Der **israelische Ministerpräsident** Benjamin Netanjahu hat eine **Ausweitung der Bodenoffensive im Libanon** angeordnet. Trotz einer vor mehr als sechs Wochen vereinbarten Waffenruhe drangen israelische Truppen weiter nach Norden vor und brachten die historische Festung Beaufort sowie die strategisch wichtige Hügelkette unter ihre Kontrolle, wie die Armee am Sonntag mitteilte. Die Truppen stoßen nun vom Litani-Fluss weiter zum rund zehn Kilometer nördlich gelegenen Zaharani-Fluss vor. Die Streitkräfte hatten das Gebiet bis zum Litani kontrolliert und riefen die Bevölkerung südlich des Zaharani erneut zur Evakuierung auf (Reuters).

Südkorea nähert sich bei der militärischen Zusammenarbeit **Japan** an, bleibt aber aus historischen Gründen zurückhaltend. Es habe **Beratungen über ein mögliches Abkommen zur gegenseitigen Logistikhilfe** gegeben, sagte der südkoreanische Verteidigungsminister Ahn Gyu-back am Sonntag. Er hatte am Samstag mit seinem japanischen Kollegen Shinjiro Koizumi am Rande des asiatisch-pazifischen Sicherheitsgipfels Shangri-La-Dialog in Singapur gesprochen. Die Regierung in Seoul betrachte einen solchen Pakt aber auch als politisch sensibel: Er erfordere Überzeugungsarbeit und das Verständnis der Bürger beider Nationen. "Ich glaube, wir sollten weiterhin mit Vorsicht vorgehen", erklärte Ahn (Reuters).



Auf der **asiatisch-pazifischen Sicherheitskonferenz** sind am Samstag die **zunehmenden Spannungen zwischen Japan und China** deutlich geworden. Während die Volksrepublik das zweite Jahr in Folge erst gar keinen Vertreter zu dem Shangri-La-Dialog in Singapur schickte, warnte Japan dort eindringlich vor den Gefahren von Machtstreben und Aufrüstung der chinesischen Seite. "Chinas außenpolitisches Auftreten und seine militärischen Aktivitäten geben Japan und der internationalen Gemeinschaft zugleich Anlass zu großer Sorge", sagte Verteidigungsminister Shinjiro Koizumi. Die Volksrepublik erhöhe ihre Verteidigungsausgaben weiter auf hohem Niveau. Chinas jüngste Militarismus-Vorwürfe gegen Japan wies der Minister zurück (Reuters).

Automobile / Zulieferer

Die **Autobauer** haben im Mai auf dem deutschen Markt die eigenen **Preisnachlässe für Elektroautos** zurückgefahren. Der monatliche Neuwagen-Marktbericht des privaten Center Automotive Research (CAR) sieht das als direkte Folge der staatlichen Förderung, die seit Mai rückwirkend für Anmeldungen im laufenden Jahr gezahlt wird (dpa/AFX).

Gesundheitswesen

Der Pharmakonzern **Novartis** hat auf dem Krebskongress ASCO in der US-Stadt Chicago **neue Daten** zu seinem **Prostatakrebs-Medikament Pluvicto** vorgestellt. Die Ergebnisse zeigen, dass das Präparat in Kombination mit der Standardtherapie das Fortschreiten der Erkrankung bei verschiedenen Patientengruppen konsistent verzögern kann (dpa/AFX).

Medien

Der Musikkonzern **Universal Music** (UMG) lehnt das Übernahmeangebot der vom US-Investor Bill Ackman geführten **Pershing Square Capital** ab. Die Offerte bewerte das Unternehmen zu niedrig, teilte UMG am Freitagabend nach einer Aufsichtsratssitzung mit. Zudem werde damit kein Mehrwert geschaffen. Der Aufsichtsrat sei davon überzeugt, dass die Ablehnung auf breite Zustimmung stoße (dpa/AFX).

Öl & Gas

Der **Iran** nimmt die Förderung auf drei **Offshore-Plattformen im Gasfeld Süd-Pars** wieder auf, nachdem diese infolge israelischer Angriffe auf Verarbeitungsanlagen an Land gestoppt werden musste. Die Plattformen selbst seien nicht beschädigt worden, sagt der Chef der Pars Oil and Gas Company, Turadsch Dehgani, staatlichen Medien. Das ge förderte Gas werde nun zu anderen Verarbeitungsanlagen in der Region umgeleitet, während die Reparaturen an den beschädigten Einrichtungen andauerten (Reuters).

Reisen / Luftfahrt / Freizeit

Der britische Billigflieger **Easyjet** könnte eine Übernahme durch eine US-Investmentgesellschaft bevorstehen. **Castlelake** bestätigte am Freitag, dass man sich in einem frühen Stadium von **Überlegungen zur Abgabe eines Kaufgebots** befindet. Zuvor hatte die britische Webseite Betaville entsprechend berichtet. Zuletzt hatte es im Oktober vergangenen Jahres Spekulationen über ein Übernahmeangebot der schweizerischen Großreederei MSC gegeben. Auch andere Akteure hätten ein Auge auf Easyjet geworfen, hatte die italienische Zeitung "Corriere della Sera" damals berichtet (dpa/AFX).



STEU BING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

